

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringenmonatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50 — Erhöhter Satz mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Brünnerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Dr. Brünnerstraße 14. Tel. 1789. Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden der Regel nach mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 79.

Dresden, Donnerstag den 4. April 1912.

23. Jahrg.

## Deutschland-O.

Der Osten ist in den großen Städten in der Regel jener Stadtteil, in dem die Industriebetriebe ihre Stätte haben und auch die Arbeiter wohnen, wo also der Reichtum erzeugt wird, den die im rauhreichen, vornehmen Westen wohnenden Drogen genießen. Im Deutschen Reich aber bildet der Osten das Drogenherdland. Hier haust der preussische Adel, das Junkertum. Wie ein Bleigewicht hängt diese Drogenherd am Fortschritt und hemmt die politische und kulturelle Entwicklung Deutschlands. Ihrer Zahl nach wären diese Drogen mächtig; aber sie herrschen kraft ihres ungeheuren Besitzes und der überlieferten feudalen Vorrechte, die mit diesem Besitze immer noch verknüpft sind und die dem Osten ein besonderes wirtschaftliches und soziales Gepräge geben. Den deutschen Osten in seiner jetzigen Verfassung zu erhalten ist daher das eifrigste Bestreben des Junkertums, dessen politische Macht in demselben Maße abnehmen muß, in dem der Osten „modernisiert“ wird. Zurzeit wird die gesamte innere Politik Deutschlands bestimmt durch die Mächte, die ihre Wurzeln in der Rückständigkeit des Ostens haben. Es braucht nur auf die Lebensmittelpolitik, die Viebesgabenpolitik, die Abkehrung der Erbschaftsteuer und die insolge dessen erfolgte Vermehrung der indirekten Steuern auf Genussmittel und Bedarfsartikel, auf den preussischen Wahlrechtskampf usw. hingewiesen zu werden, um die Richtigkeit dieser Behauptung zu beweisen. Die Beherrschung der politischen Verhältnisse und die Demokratisierung Deutschlands würden unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Massen sicher größere Fortschritte machen, wenn der Osten höher entwickelt wäre und nicht einen Hemmschuh bildete.

Im neuesten Heft der Volkswirtschaftlichen Zeitschrift (Nr. 26, 67) beschäftigt sich Otto Mühlberg mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Ostens, von denen er in gedrängter Form ein Gesamtbild entwirft. Die Großgrundbesitzer beherrschen das Land. In Ostpreußen sind 88,4 Prozent des gesamten Areal in Händen des Großgrundbesitzes, unter Großgrundbesitz ein Gut von mindestens 100 Hektar verstanden; in Westpreußen 36,8 Prozent, in Posen 46 Prozent. In Pommern steigt die Ziffer sogar auf 53,2 Prozent, während z. B. Hannover, Hessen-Nassau und Rheinprovinz nur 3,5 bis 6,9 Prozent Großgrundbesitz, im übrigen dauerliche Siedlungen haben. Von dem Großbesitz ist überdies ein sehr erheblicher Teil gebunden. So ist 1886 nur 1,5 Millionen Hektar Weizen- und Getreideanbau in den östlichen Provinzen einschließlich Pommerns, so ist dieses Areal bis 1909 um 2,2 Millionen Hektar gestiegen, d. h. 6,82 Prozent der gesamten Bodenfläche sind dem freien Verkehr entzogen. Im Jahre 1910 allein haben sich die Getreidemengen um nicht weniger als 17 mit 22 323 Hektar erhöht und unter Berücksichtigung einiger Vergrößerungen wie einiger Abgänge solcher alten Besitzungen ist für 1910 ein Zugang von 24 977 Hektar mit 236 511 Hektar Nettotrag zu verzeichnen. Dadurch wuchs die Gesamtfläche auf 1251 mit 2 402 000 Hektar Grundfläche und der Prozentsatz steigt auf 6,89. Auf das einzelne Felder kommen nunmehr rund 1920 Hektar. Da diese großen Güter in verhältnismäßig wenig Händen sind, ist es erklärlich, daß der Einfluß des Großgrundbesitzes ein sehr bedeutender ist und stetig wächst.

Diese Großgrundbesitzer des Ostens sind nicht nur die wesentlichen Getreide- und Kartoffelleveranten, sondern auch die Schnapsbrenner Deutschlands. In den fünf östlichen Provinzen Preußens erzeugen 2335 Brennereien mit 221 Millionen Liter und zwei Drittel der ganzen Spiritusproduktion Deutschlands. Davon erzeugt Ostpreußen in 293 landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien 17 Millionen Liter, Westpreußen in 350 landwirtschaftlichen Brennereien 31, Posen in 662 Brennereien 67, Pommern in 486 Brennereien 51 und Schlesien in 644 Brennereien 55 Millionen Liter. Zu dieser Brennereierzeugung waren erforderlich: 19 Millionen Doppelzentner Kartoffeln und 940 000 Doppelzentner Getreide. Daraus ergibt sich, welche große Bedeutung die Brennereierzeugung für das ostpreussische Junkertum hat!

Die Zoll- und Viebesgabenpolitik hat den Reichtum der Großgrundbesitzer des Ostens stark vermehrt, was sich aus der gewaltigen Steigerung der Viebespreise in allen Klassen ergibt. Diese Steigerung betrug:

Im Regierungsbezirk	von 1905/06	von 1907/08
Königsberg . . . . .	18 Prozent	61 Prozent
Stettin . . . . .	29	47
Gumbinnen . . . . .	43	58
Danzig . . . . .	16	48
Prignitz . . . . .	26	54
Posen . . . . .	30	44
Stromberg . . . . .	26	44

Im Staatsdurchschnitt betrug die Steigerung dagegen nur 17 und 33 Prozent, im Osten ist also die Viebespreissteigerung viel größer als in allen anderen Landesstellen. Die Folge davon ist ein starker Güterhandel, bei dem ungeheure Summen verdient werden.

Die Industrie hat nun zwar auch im Osten zugenommen. Denn es wurden im Jahre 1907 in den drei Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen bereits 185 000 Industriearbeiter beschäftigt und die industrielle Arbeiterkraft ist in

diesen Provinzen im Jahre 1907 gegen 1882 nahezu um das Doppelte gestiegen. Aber die Industrie beschränkt sich auf einige größere Städte. Und in dem einzigen Regierungsbezirk Düsseldorf gibt es dreimal soviel Industriearbeiter als in den drei großen Provinzen des Ostens zusammen, was zeigt, wie relativ schwach hier die Industrie noch vertreten ist. Aber es entwickelt sich nicht nur die Industrie nicht stark, auch die Landwirtschaft bietet den Massen der Bewohner keine Möglichkeit zu höherem Erwerb. Zwischen den Gutsgeländen Ostpreußens gibt es ja nur Herten und Anechte, für den Tagelöhner und seine Nachfahren nur die Aussicht, bis ins fernste Glied auf fremdem Boden nach der Gutsglocke zu schauertreten. Kein Wunder, daß, wie festgestellt worden ist, die drei Ostprovinzen Preußens 1 178 917 der hier Geborenen durch Abwanderung verloren haben. Die Bevölkerungszunahme hat in ganz Preußen von 1901 bis 1905 7,70 Prozent betragen, in Ostpreußen nur 1,70 Prozent. Von diesem Zuwachs von 1,70 Prozent — 34 192 Menschen entfallen aber rund 32 000 auf Königsberg, so daß der große ländliche Teil der Provinz überhaupt keine Zunahme zu verzeichnen hat. Und so ist es im ganzen Osten. Es sind auch hauptsächlich junge, arbeitsfähige Personen, die abwandern. Als Ersatz für die abwandernden Arbeitskräfte werden ausländische Arbeiter herangezogen aus Rußland, Galizien, aus Ländern also, wo das Existenzniveau noch niedriger ist als im Osten Deutschlands.

Daß die jetzige Tätigkeit der preussischen Anstaltungskommission eine große Umwälzung herbeiführen werde oder könne, erwartet wohl niemand. Infolge der staatlichen oder staatl. geförderten Besetzung waren zwar Ende 1910 in Preußen bereits 32 000 Bauernstellen mit 438 000 Hektar entstanden. Aber was will das bezogen gegenüber dem Gesamtland? Die im Osten zum Teil schmachtenden Schulverhältnisse mit der Wurzel auszureißen, das Eisenbahnetz zu erweitern, die Kraft der Flüsse und der Moore nutzbar zu machen verlangt Mühlberg vom preussischen Staate sowie eine Verstärkung des Einflusses der Städte und des Kleinbesitzes in der Selbstverwaltung. Weder diese noch die vielen anderen notwendigen und zum Teil wichtigeren Forderungen werden im Gehör finden beim preussischen „Staate“, weil dieser ja nichts anderes ist als das östliche preussische Junkertum, das Deutschland-O. mit Beschlag belegt hat und aus dem es seine Macht schöpft. Hilfe kann erst kommen, eine Aenderung erst bewirkt werden, wenn das preussische Klassenverhältnis zertrümmert und das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtage errungen ist. Eine Aufhebung der Getreidezölle und der Viebesgabenpolitik — die den kleineren und mittleren Landwirten nichts nützen, eher schaden — würde aber ebenfalls nicht unwesentlich dazu beitragen, die Macht des Junkertums zu brechen und eine gesündere Entwicklung im Osten anzubahnen. Der Kampf gegen die Getreidezölle ist deshalb ebenso eine Notwendigkeit zur Demokratisierung Deutschlands, wie es der preussische Wahlrechtskampf ist.

## Eine Niederlage der Gewalt.

m. Keunort, 29. März.

Nach einem heroischen Kampfe von neun Wochen Dauer haben die ausländigen Textilarbeiter von Lawrence einen herrlichen Sieg über die als „Woolmen“-Kampf bekannte American Woolen Company errungen, deren wucherische Ausbeuterei sogar noch diejenige des verachteten Stahlwerks in Schapen stieß.

Der Durchschnittslohn eines Arbeiters stieg sich bis Anfang Januar d. J. auf wenig mehr als sechs Dollar, während hierzulande eine Familie das Dreifache braucht, wenn sie menschenwürdig leben will. Als nun mit Beginn des neuen Jahres die wochenlange Magistralarbeitszeit für weibliche und jugendliche Arbeiter im Staate Massachusetts gesetzlich auf 54 Stunden herabgesetzt wurde, forderten die Textilarbeiter zunächst nur die Beibehaltung des bisherigen Wochenlohnes, also eine Erhöhung des Stundenlohnes um nicht ganz 2 Prozent. Unter der Führung William S. Woods, des Präsidenten der American Woolen Company, lehnten die Fabrikanten die Gewährung jeglicher Lohnsteigerung rundweg ab mit der Begründung, die geringe Rentabilität Wolabene bei Jahresdividenden bis zu 40 Prozent! lasse eine Steigerung der Betriebskosten nicht zu.

Männer, Frauen und Kinder, über 20 000 an der Zahl, legten die Arbeit nieder. Einmal in den Streik eingetreten, bestanden sie auf einer 10prozentigen Lohnsteigerung. Die Fabrikanten engagierten Privatdetektivs, die im Verein mit den von den städtischen und staatl. Gewalt auf die Streikenden losgelassenen Polizisten und Milizsoldaten ein Söldnerregiment der Gewalt und des Schreckens führten, um die Arbeiter müde zu machen. Die wertvolle Bevölkerung war vogelfrei.

Da drang der Genosse Viktor A. Berger, der einzige Sozialist im Repräsentantenpaule, auf die Einleitung einer Untersuchung der Zustände in Lawrence. Koalitionen gling das Bundes-Justizministerium vor, stellte das Bundes-Parlament Erhebungen an.

Das Ergebnis war vernichtend für die Behörden der Stadt Lawrence wie des Staates Massachusetts, der allem aber

für die Textilarbeiter, die den ihnen gewährten hohen Lohn durch den Druck der ausgerüsteten öffentlichen Meinung bedroht sahen. Nicht der unerschütterlichen Haltung der Ausständigen ist insbesondere der Furcht vor einer Minderung ihrer Profite durch eine starke Ermäßigung oder gänzliche Abschaffung der Zölle auf Textilerzeugnisse das Nachgeben der Fabrikanten zuzuschreiben.

William S. Wood fand sich letzte Woche bereit, die Löhne der Textilarbeiter um 5 bis zu 25 Prozent zu erhöhen. Und zwar sollten diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen (und sie machen ungefähr die Hälfte der Streiker aus), die 9/10 Cent oder weniger in der Stunde verdienen, 2 Cent Zulage für die Stunde erhalten. Je höher der Lohnsatz, desto geringer die angebotene Aufbesserung, die bei dem alten Stundenverdienst von 20 Cent und darüber auf 5 Prozent sinken sollte. Für Ueberzeit war ein 25prozentiger Lohnzuschlag vorgesehen. Außerdem verpflichtete sich Wood, auf die Freilassung Ettore und Giobannittis hinzuwirken.

Die Streikenden nahmen das Angebot, das ihren Forderungen sozusagen in vollem Umfange gerecht wird, an. Ettore kehrten 18 000 Personen zur Arbeit zurück. Die Wirkung des Ausstands von Lawrence kommt auch in Lohnsteigerungen in fast allen anderen Webereien und Spinnereien der Neu-England-Staaten zum Ausdruck. Insgesamt profitierten 240 000 Arbeitnehmer von dem Lohnkampf in Lawrence. In Lawrence selbst haben nur zwei Fabriken, Arlington und Pacific, noch nicht nachgegeben. Gegen sie wird der Streik fortgeführt. In dem Staate Rhode Island legten gestern, ermutigt durch den Sieg ihrer Kollegen in Lawrence, 30 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen die Arbeit nieder, um eine Aufbesserung ihrer Hungerlöhne zu erringen.

Bezeichnend ist das Angebot Woods, sich um die Freilassung der wegen Anstiftung zum Mord in Anklagezustand versetzten Streikführer Ettore und Giobannittis zu bemühen. Wüßte man schon zuvor, daß das Strafverfahren freiboleweise eingeleitet wurde, um die Ausständigen geschickte Führer zu berauben und ins alte Joch zurückzuführen, so hat manmehr, nachdem der Kampf entschieden ist, auch der Gebieter der Justiz durch eine Offerte unerbittlich eingeräumt, daß Ettore und Giobannittis wahrhaftig nichts dafür können, wenn ein rasender Volkstollwut unter Streikende schließt und dabei eine ausländige Frau mordet. Und daran werden Polizei, Gerichte und Unternehmer bei ähnlichen zurecht gestutzten künftigen Anklagen erinnert werden. Darum ist Woods diesbezügliche Offerte nicht das geringfügigste Ergebnis des Ausstands von Lawrence.

## Die Lage der Hafenarbeiter.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Der Hamburger Hafen leidet jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Weltöffentlichkeit auf sich. Schlichte dort tätigen Arbeitergruppen haben in einer Lohnbewegung von deren Ausmaß es abhängt, ob das Gewerbe nicht nur der großen Hafenstadt, sondern der ganzen Nordsee überhaupt schweren Erschütterungen wird ausgesetzt werden.

Schon einmal waren die Hamburger Hafenarbeiter Gegenstand der uneingeschränkten Sympathie aller Arbeiter. Das war im Winter 1896/97, als lange Jahre gebuldig ertragenes Unrecht die rücksichtslos ausgebeuteten Lohnflaven der Heber und Steuer zu einem mit heroischer Ausdauer durchgeführten, aber zunächst äußerlich erfolglosen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aufgeführt hatte. Es gelang damals, die unzulänglich organisierten, insolge langer Unterdrückung und Unterbeziehung geschwächten Streikler des Hafens in die Arnie zu zwingen und sie den Bedingungen der Unternehmern unterwerfen. Tiefe Empörung über einseitig denkenben und menschlich empfindenden Mitmenschen begleitete den reichhaltigen Schlußakt der Tragödie unterliegender Armut.

Doch — vergebens waren die Opfer nicht gebracht. Der Organisationsmangel, die Ueberzeugung, daß nur durch Schaffung großer, überausfähiger Gewerkschaften mit gefüllten Kassen, nur durch beständiges Zusammenhalten mit dem wachsenden Heere der übrigen Verbände wirksam für die Interessen der Hafenarbeiter gestreift werden könne, hatte unauferstößbar bei vielen Tausenden Wurzel geschlagen. Wohl reglementierte anfangs die Rache der Sieger die Reihen der Organisation, wohl warf mancher unter dem niederdrückenden Gefühl der großen Enttäuschung die Hände ins Korn, wohl machte mühselige Kleinarbeit wieder von vorne einsetzen, als wäre alle vorhergegangene Aufklärungsarbeit umsonst gewesen — aber der alte feste Grund war da: ein unerschütterlicher Stamm von weiterführenden Männern, die durch nichts von dem einmal als richtig erkannten Wege abzubringen waren und mit ihrer unerschütterlichen Ueberzeugungstreu und Siegesgewißheit Katalysatoren für die Arbeiterbewegung bildeten, an denen alle Schillern und Brutallisten der Hafengewaltigen wirkungslos abprallten. Das Krisenjahr von 1896/97 an materiellen Vorteilen geachtet hatte, war bitter kernig um so höher war der moralische Erfolg einzuschätzen. Alle Kräfte zunächst an den Ausbau der Organisation gefügt! Diese Parole ward immer erneut ausgesprochen und sie hatte Erfolg! Langsam doch sicher schlossen sich die Reihen. Die Arbeit war nicht eben leicht. Das Unternehmertum, geldgierig und geschäftstüchtig zugleich, das alles auf den Rücken der Arbeiter zu hemmen, immer wieder schloß und schloß man heute noch unaufgeklärt, dem arbeitslosen Arbeiter aus allen Dimensrichtungen ein, unbedürftig, darum ob die arbeitslose Arbeiter herricht, unbedürftig, darum, darum ob die arbeitslose Arbeiter durch einen hohen Prozentsatz des Prodes um die Verbandsgruppen durch einen hohen Prozentsatz Unorganisierten in Schach zu halten. Es hat alles nicht gefruchtet! Auch die vor fünf Jahren erfolgte Ausbreitung der Schauerleute, die daran anschließende Schaffung von „Betriebsparzellen“, mit denen die „alten“ Leute finanziell an den Unternehmern geteilt werden sollen,